

## Republikanischer Sieg auf ganzer Linie? Die Wahlen zum US-Kongress vom 4. November 2014

*Michael Kolkmann*

Am 4. November 2014 sind in den Vereinigten Staaten die Wahlen zum 114. Kongress (2015 bis 2017) mit einem Sieg der Republikanischen Partei zu Ende gegangen, der letztendlich deutlicher ausfiel als im Vorfeld erwartet. Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner 16 der bislang von Demokraten gehaltenen Sitze erobert, während die Demokraten drei Republikanische Abgeordnete schlagen konnten. Mit diesem Netto-Zugewinn von 13 Mandaten haben die Republikaner ihre Mehrheit deutlich ausgebaut; hier kommen sie auf nunmehr 247 der insgesamt 435 Sitze, die größte Mehrheit dieser Partei seit dem Jahre 1928. Die Demokraten sind nur noch mit 188 Abgeordneten vertreten. Im Senat haben die Republikaner neun Sitze hinzugewonnen und stellen mit nunmehr 54 von 100 Sitzen die deutliche Mehrheit. Die Demokraten verfügen über 44 Senatoren, darüber hinaus gibt es mit *Bernie Sanders* aus Vermont und *Angus King* aus Maine zwei sich als Unabhängige bezeichnende Senatoren, die jedoch in der Regel mit der Demokratischen Seite abstimmen (vgl. Tabelle 1).

Abgerundet wurde dieser Sieg der Republikaner auf Bundesebene von einem ähnlich erfolgreichen Abschneiden auf Ebene der Bundesstaaten, wo die Partei aktuell 29 der 50 Gouverneursposten bei 20 für die Demokraten und einem unabhängigen Gouverneur in Alaska hält. Darüber hinaus dominieren die Republikaner nunmehr 30 von 50 Parlamenten der Bundesstaaten. In 23 Bundesstaaten kontrollieren sie sowohl die Parlamente als auch das Gouverneursamt. Allein seit 2010 haben die Demokraten in den Parlamenten der Bundesstaaten mehr als 900 Sitze verloren, was einem Anteil von zwölf Prozent aller Mandate entspricht. Die Republikaner verfügen hier inzwischen über 4.100 Sitze und damit über den größten Anteil seit 1920. Die Demokraten stellen nur in elf Parlamenten die Mehrheit, und lediglich in sieben Bundesstaaten kontrollieren sie sowohl das Parlament als auch den Gouverneursposten.<sup>1</sup>

Als entscheidende Gründe für den Ausgang der Kongresswahlen im November 2014 können der Zuschnitt der (zunehmend sicheren) Wahlkreise für das Repräsentantenhaus, die im Vergleich zu Präsidentschaftswahljahren deutlich niedrigere Wahlbeteiligung von gerade einmal 36,4 Prozent, die Unbeliebtheit von Präsident *Barack Obama* nach sechs Jahren im Weißen Haus sowie das im Vergleich zu den Wahlen von 2012 veränderte Elektorat gelten.

1 Vgl. *Chris Cillizza*, Republicans Have Gained More than 900 State Legislative Seats Since 2010, in: Washington Post Blogs vom 14. Januar 2015, <http://www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/wp/2015/01/14/republicans-have-gained-more-than-900-state-legislative-seats-since-2010/> (Abruf am 20. Januar 2015).

Republikanische Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses bedeuten nicht zwangsläufig, dass es im aktuellen Kongress für die Republikaner einfacher geworden ist, ihre legislative Agenda durchzusetzen. Dafür sind zunächst die beiden Kammern in ihrer Zusammensetzung, ihrer Arbeitsweise und ihrem Selbstverständnis zu unterschiedlich. Darüber hinaus steht ihnen mit Präsident *Obama* ein Demokrat im Weißen Haus gegenüber, der bereits unmittelbar nach Zusammentreten des neuen Kongresses Anfang Januar 2015 angekündigt hat, hinsichtlich unterschiedlichster politischer Themen von seinem Vetorecht Gebrauch machen zu wollen.<sup>2</sup> Im amerikanischen System der „Checks and Balances“ ist die Verfassung auf die Diffusion von politischer Macht angelegt.<sup>3</sup> Direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die Mitglieder der Legislative hat der Präsident daher nur begrenzt.<sup>4</sup> Auch wenn ihm aufgrund seiner Möglichkeiten, die politische Tagesordnung zu bestimmen, etwa durch die Strategie des „Going Public“<sup>5</sup>, gelegentlich das Etikett des „Legislator-in-Chief“<sup>6</sup> verliehen wird, verfügt er über kein direktes Initiativrecht. Darüber hinaus fehlen ihm konkrete finanzielle und personelle Patronageressourcen, um zentrale Projekte der eigenen Agenda durch das Parlament zu bringen.

Fraglich ist, wie extensiv die Republikaner das politische Mandat interpretieren, das ihnen mit der Kontrolle beider Kammern auf *Capitol Hill* zugefallen ist. Unterstützung für einen eher konfliktorientierten Stil gegenüber *Obama* und den Demokraten findet sich vor allem an der Basis der Partei. So sagten in einer Umfrage zwei Drittel der befragten Republikaner, ihre Parteiführung in Washington solle „stand up to Mr *Obama*, even if less gets done in Washington as a result“<sup>7</sup>. Allerdings werden die Republikaner im Jahre 2016 bei

- 2 In den ersten sechs Jahren seiner Amtszeit hat Präsident *Obama* insgesamt zwei Gesetze mit seinem Veto belegt. Ein Veto kann vom Kongress nur mit Zwei-Drittel-Mehrheiten in beiden Kammern überstimmt werden. Insbesondere für konkrete Gesetzesvorlagen in Bezug auf Abtreibungen ab der 20. Schwangerschaftswoche sowie eine geplante Gaspipeline hat *Obama* sein Veto angedroht; zugleich machte er in seiner Rede zur Lage der Nation am 20. Januar 2015 deutlich, dass er sich in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit keinesfalls mit einer Zuschauerrolle begnügen würde; vgl. *Michael Crowley*, *Obama: Leading From the Front Again*, in: *Politico*.com vom 20. Januar 2015, <http://www.politico.com/story/2015/01/obama-leading-from-the-front-again-114433.html> (Abruf am 22. Januar 2015); *Michael D. Shear / Julie Hirschfeld Davis*, *In State of the Union Speech, Obama Defiantly Sets Ambitious Agenda*, in: *The New York Times* vom 21. Januar 2015, S. 1; *Drew Desilver*, *Will GOP-Run Congress Lead to More Obama-Veto-es? History Suggests Yes*, *The Pew Center for the People and the Press*, 12. Januar 2015, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/01/12/will-gop-run-congress-lead-to-more-obama-veto-es-history-suggests-yes/> (Abruf am 20. Januar 2015); grundsätzlich zum Veto vgl. *Walter Oleszek*, *Congressional Procedures and the Policy Process*, Washington DC 2013, S. 366 – 368.
- 3 Vgl. *Thomas Mann / Norman Ornstein*, *It's Even Worse Than it Looks. How the American Constitutional System Collided With the New Politics of Extremism*, New York 2012, S. XIII – XIV; siehe auch die beispielhafte Untersuchung von *Robert G. Kaiser*, *Act of Congress. How America's Essential Institution Works, and How it Doesn't*, New York 2013.
- 4 Vgl. *James A. Thurber*, *An Introduction to Presidential-Congressional Rivalry*, in: *ders.* (Hrsg.), *Rivals for Power. Presidential-Congressional Relations*, New York 2013, S. 1 – 26.
- 5 Der Politikwissenschaftler *Samuel Kernell* hatte diesen Begriff bereits im Jahre 1986 geprägt, vgl. *ders.*, *Going Public. New Strategies of Presidential Leadership*, Washington DC 2006.
- 6 Vgl. *Charles O. Jones*, *The Presidency in a Separated System*, Washington DC 2005, S. 221 – 253.
- 7 *The Economist*, *Still in the Trenches*, 20. Dezember 2014, <http://www.economist.com/news/united-states/21636766-pre-christmas-lull-political-combat-probably-means-less-meets-eye-still> (Abruf am 21. Dezember 2014).

den Präsidentschafts- und Kongresswahlen mehr zeigen müssen, als nur die „Party of No“<sup>8</sup> zu sein. Die ersten Entscheidungen des neuen 114. Kongresses deuten darauf hin, dass die Führungsteams der Republikaner sich gezwungen sehen dürften, einen Mittelweg zwischen diesen beiden Positionen zu finden.

### 1. Die Ausgangslage

Der 113. Kongress (2013 bis 2015) war zum Zeitpunkt der Wahlen im November 2014 auf gutem Weg, der mit Abstand unproduktivste Kongress in der Geschichte der Vereinigten Staaten zu werden. Insgesamt 296 Gesetze wurden verabschiedet, gerade einmal 13 mehr als im bis dahin unproduktivsten 112. Kongress (2011 bis 2013). Deutlich verbessert wurde diese Bilanz durch eine Reihe von Gesetzen, die im „Lame Duck Congress“ zwischen den Wahlen am 4. November 2014 und der Amtseinführung des neuen Kongresses am 4. Januar 2015 entstanden.<sup>9</sup> Allein in diesem Zeitraum wurden insgesamt 111 Gesetze durch Senat und Repräsentantenhaus gebracht, was 37,5 Prozent aller Gesetze im 113. Kongress ausmachte.<sup>10</sup> Doch dieser quantifizierbare Befund ist für sich genommen nur bedingt aussagekräftig. Hinsichtlich des legislativen Outputs muss daher zwischen substantiellen und zereemoniellen Gesetzen unterschieden werden: Das Pew Research Center hat für den 113. Kongress insgesamt 212 substantielle und 84 vorwiegend zereemonielle Gesetze ausgemacht. Im 112. Kongress lagen diese Zahlen bei 208 beziehungsweise 75 Gesetzen.<sup>11</sup>

Bei den politischen Themen, die die Amerikaner im Wahlkampf 2014 für besonders wichtig hielten, lassen sich zwischen beiden Parteien signifikante Unterschiede ausmachen. Für die den Republikanern nahestehenden Wähler waren vor allem die Haushaltspolitik (29 Prozent der Republikaner hielten dieses Thema für wichtiger als die Anhänger der Demokratischen Partei), die Außenpolitik (plus 24 Prozent) sowie die Einwanderungspolitik (plus 21 Prozent) wichtige Themen, Terrorismusbekämpfung (plus 20 Prozent) und die Wirtschaftslage (plus zehn Prozent) folgten auf den nächsten Plätzen. Für die Demokraten waren vor allem die Umwelt (33 Prozent der befragten Demokraten hielten dieses Thema für wichtiger als die Anhänger der Republikanischen Partei), das ökonomische Ungleichge-

8 Vgl. *John Harwood*, For G.O.P., Precedent to Cooperate and Shed Its 'Party of No' label, in: *The New York Times* vom 14. Januar 2015, S. 16; *Jeremy W. Peters / Emmarie Huetteman*, Republicans Have One Word for President's Proposals and Veto Threats: 'No', in: *The New York Times* vom 21. Januar 2015, S. 15.

9 Vgl. *Kendall Breitman*, Worst Congress Ever? Maybe Not, in: *Politico.com* vom 29. Dezember 2014, <http://www.politico.com/story/2014/12/113th-congress-not-worst-ever-113850.html> (Abruf am 5. Januar 2015).

10 Es ist in Parlamenten durchaus üblich, längere Gesetzgebungsverfahren gegen Ende einer Wahlperiode abzuschließen, aber ein Anteil von mehr als einem Drittel scheint außergewöhnlich groß zu sein. Rekordhalter ist die „Lame Duck“-Periode im 107. Kongress (2001 bis 2002), bei der von 84 Gesetzen insgesamt 83 in dieser Phase verabschiedet wurden – was mit dem erhöhten gesetzgeberischen Regelungsbedarf nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erklärt werden kann.

11 Vgl. *Drew Desilver*, In Late Spurt of Activity, Congress Avoids "Least Productive" Title, *The Pew Research Center for the People and the Press*, 29. Dezember 2014, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2014/12/29/in-late-spurt-of-activity-congress-avoids-least-productive-title/> (Abruf am 5. Januar 2015); dort findet sich auch eine Übersicht über vergangene Kongressperioden.

**Tabelle 1: „Divided“ und „Unified Government“ im US-amerikanischen Regierungssystem seit 1995**

Zeitraum	Weißes Haus	US-Kongress	
		Repräsentantenhaus	Senat
104. Kongress (1995 bis 1997)	D	R	R
105. Kongress (1997 bis 1999)	D	R	R
106. Kongress (1999 bis 2001)	D	R	R
107. Kongress (2001 bis 2003)	R	R	R/D
108. Kongress (2003 bis 2005)	R	R	R
109. Kongress (2005 bis 2007)	R	R	R
110. Kongress (2007 bis 2009)	R	D	D
111. Kongress (2009 bis 2011)	D	D	D
112. Kongress (2011 bis 2013)	D	R	D
113. Kongress (2013 bis 2015)	D	R	D
114. Kongress (2015 bis 2017)	D	R	R

Quelle: Eigene Zusammenstellung; zur Situation im 107. Kongress vgl. die Ausführungen zur Tabelle 3.

wicht (plus 28 Prozent), die Frage der Geburtenkontrolle (plus 19 Prozent) sowie die Gesundheitspolitik (plus fünf Prozent) entscheidend. Für nahezu gleich bedeutend hielten die Anhänger beider Parteien die Themen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehen.<sup>12</sup> Die Demokraten ihrerseits konnten bei den Wahlen von 2014 nicht auf eine überzeugende Botschaft an ihre potentiellen Wähler setzen, schlimmer noch: Sie hatten nach Einschätzung von politischen Beobachtern gar keine Botschaft. Aufgrund der geringen Popularität Präsident *Obamas* versuchten die Kandidaten der Demokraten, jegliche Assoziierung mit dem Präsidenten zu vermeiden – so wie die Kandidaten der Republikaner im Jahre 2006 erfolglos versucht hatten, sich im Wahlkampf vom damals unpopulären Präsidenten *George W. Bush* abzusetzen. Auch die tatsächlichen Leistungen *Obamas* in den ersten sechs Jahren im Amt wurden nicht thematisiert.

Gerade auf dem Feld der Wirtschaftspolitik konnten die Demokraten augenscheinlich nicht überzeugen, da sie diesbezüglich mit keiner einheitlichen Botschaft antraten. Zwar hatte sich der Arbeitsmarkt vor den Wahlen massiv erholt. Mehr als elf Millionen neue Jobs kamen in der amerikanischen Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren hinzu, allein von 2013 auf 2014 2,95 Millionen. Ein solches Stellenwachstum hatte es seit 1999 nicht mehr gegeben. Die Arbeitslosenrate sank im Dezember 2014 auf 5,6 Prozent, die niedrigste Zahl seit Juni 2008 und weit unter den 7,8 Prozent vom Beginn der *Obama*-Ära.<sup>13</sup> Dieser wirtschaftliche Aufschwung scheint jedoch nicht bei den Angehörigen der Mittelklasse angekommen zu sein. Aus Furcht, diese Wählerklientel zu vergraulen, thematisierten die Demo-

12 Vgl. The Pew Research Center for the People and the Press, Wide Partisan Differences Over the Issues that matter in 2014, 12. September 2014, <http://www.people-press.org/2014/09/12/wide-partisan-differences-over-the-issues-that-matter-in-2014/> (Abruf am 10. Januar 2015).

13 Vgl. *Barbara Junge*, Wie Phönix aus der Asche – Neue Jobs, steigende Kaufkraft, ein starker Dollar: Die USA stehen nach schwierigen Jahren glänzend da, in: Der Tagesspiegel vom 25. Januar 2015, S. 22.

kraten die Wirtschaft nicht oder nur am Rande.<sup>14</sup> Frappierend fällt der Befund auch in Bezug auf „ObamaCare“ aus: Für die Wähler im November 2014 war dieses Herzstück der legislativen Agenda des Präsidenten der zweitwichtigste Grund, einen Demokratischen Kandidaten zu wählen; trotzdem wurde diese Reform von den Demokraten im Wahlkampf überwiegend nicht thematisiert.<sup>15</sup>

## 2. Die Ergebnisse im Detail

Mit 36,4 Prozent war die Wahlbeteiligung in den Zwischenwahlen von 2014 so niedrig wie seit 72 Jahren nicht mehr. Bei der letzten Zwischenwahl im November 2010 lag sie um ganze vier Prozentpunkte höher. Im Gegensatz zu den Wahlen von 2008 und 2012 mit einem populären Präsidentschaftskandidaten an der Spitze, in denen die Demokraten auf ihre vorzügliche Wählermobilisierungsmaschinerie setzen konnten, ist ihnen dies in den Wahlen von 2014 unterdurchschnittlich gelungen.<sup>16</sup> Die Wählerschaft in Präsidentschaftswahljahren ist deutlich jünger und diverser als in Zwischenwahlen. Die Demokraten konnten 2014 die Mitglieder der so genannten „Obama Coalition“ nicht in so großer Zahl an die Wahlurnen bringen, wie es ihnen noch 2012 mit *Obama* als Präsidentschaftskandidat gelungen war, als 19 Prozent der Wählerschaft unter 29 Jahre alt war; bei den Wahlen von 2014 entschieden sich in dieser Altersgruppe nur noch 13 Prozent für die Demokraten.<sup>17</sup> Der Anteil der Hispanics an der Wählerschaft fiel von 2012 bis 2014 von zehn auf acht Prozent. 71 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe votierten 2012 für *Obama*. 2014 war die Unterstützung der Demokraten seitens der Hispanics zwar immer noch groß, fiel jedoch auf 62 Prozent. Bei den farbigen Wählern war der Rückgang von 13 auf zwölf Prozent kaum spürbar. Junge Wähler entschieden sich 2014 nur noch zu 54 Prozent (2012: 60 Prozent) für die Demokraten.<sup>18</sup> Auf Republikanischer Seite dagegen konnten die entsprechenden Wählerblöcke ihre Werte vergangener Wahlen halten beziehungsweise ausbauen. Weiße Männer zum Beispiel, seit jeher stark Republikanisch wählend, vergrößerten ihren Anteil an der Wählerschaft von 2012 zu 2014 von 34 auf 37 Prozent und wählten zu 64 Prozent Republikanisch (2012: 62 Prozent). Evangelikale blieben bei 26 Prozent der Gesamtwählerschaft und stimmten wie schon 2012 zu deutlichen 78 Prozent für die Republikaner.<sup>19</sup>

14 Vgl. *Jackie Calmes*, Good Economic News, but Democrats Differ on Whether to Take Credit, in: The New York Times vom 16. Dezember 2014, S. 17.

15 Vgl. *Elizabeth Drew*, Why the Republicans Won, in: The New York Review of Books Online vom 8. November 2014, <http://www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2014/nov/08/midterms-why-republicans-won/> (Abruf am 10. November 2014).

16 Vgl. *Jonathan Topaz*, What We Learned About the American Voter in 2014, Politico.com vom 31. Dezember 2014, <http://www.politico.com/story/2014/12/2014-american-voter-elections-113883.html> (Abruf am 5. Januar 2015).

17 Vgl. *Michael Tomasky*, Now We Face 2016!, in: The New York Review of Books vom 18. Dezember 2014, <http://www.nybooks.com/articles/archives/2014/dec/18/now-we-face-2016/> (Abruf am 27. August 2015).

18 Vgl. *Jens Manuel Krogstad*, Hispanic Voters in the 2014 Election, The Pew Center for the People and the Press, 7. November 2014, <http://www.pewhispanic.org/2014/11/07/hispanic-voters-in-the-2014-election/> (Abruf am 15. Januar 2015).

19 Vgl. *Michael Tomasky*, a.a.O. (Fn. 17).

Bei den Demokraten lässt sich ein profundes Problem mit Wählern der weißen Arbeiterschaft konstatieren: Mit 64 zu 34 Prozent wurde diese Wählergruppe von den Republikanern gewonnen.<sup>20</sup> Ähnlich fiel das Wahlergebnis in dieser Gruppe bei der „Wave Election“ von 2010 aus. Seither hat *Obama* acht Prozentpunkte Unterstützung in dieser Gruppe verloren. Beobachter sehen dies als Folge der Vernachlässigung von typischen Wirtschaftsthemen und der Konzentration auf Fragen, die der Basis der Partei entgegenkommen, wie Umweltprobleme und „ObamaCare“, die aber in der Mittelschicht nicht für prioritär gehalten werden. Vor allem in Staaten mit besonders akuten Wirtschaftsproblemen hat dies die Demokraten Stimmen gekostet; so ist es augenscheinlich kein Zufall, dass sie ausgerechnet in West Virginia, Arkansas, Louisiana und Alaska die Senatswahlen verloren haben.

## 2.1. Repräsentantenhaus

Seit der Wahl *Obamas* 2008 haben die Demokraten insgesamt 69 Sitze im Repräsentantenhaus verloren (vgl. Tabelle 2). Vor den Wahlen 2014 war eine erstaunlich große Zahl an Rücktritten zu verzeichnen gewesen. Sechzehn Demokratische Abgeordnete traten nicht zur Wiederwahl an, auf Republikanischer Seite waren es sogar 25, die sich nicht erneut um ein Mandat bewarben. Hinzu kamen drei Republikanische Abgeordnete, die in den Vorwahlen ihrer Partei unterlegen waren. Überraschend unterlag auch der Mehrheitsführer der Republikaner im Repräsentantenhaus – der als zukünftiger Speaker gehandelte *Eric Cantor* (Virginia) – in der Vorwahl dem von der Tea Party unterstützten und zuvor völlig unbekannten Kandidaten *David Brat*.

Im Vorfeld der Wahlen waren 195 der 435 Sitze von politischen Beobachtern als „Safe Republican“ sowie 159 als „Safe Democratic“ eingestuft worden. In mehr als jedem sechsten Wahlkreis stand nur ein Kandidat einer der beiden großen politischen Parteien auf dem Stimmzettel, in den Südstaaten war dies sogar in mehr als jedem vierten Wahlkreis der Fall. Der Republikanische Abgeordnete *Michael Grimm* (New York) erklärte am 29. Dezember 2014 seinen Rücktritt zum 5. Januar 2015, nachdem Vorwürfe der Steuerhinterziehung bekannt geworden waren.<sup>21</sup> Auch die langjährige Senatorin von Kalifornien, *Barbara Boxer*, ließ unmittelbar nach Zusammentreten des neuen Kongresses verlauten, dass sie nach Ablauf ihrer aktuellen Wahlperiode im Januar 2017 nicht wieder antreten wird.<sup>22</sup>

20 Vgl. *Jonathan Topaz*, a.a.O. (Fn. 16).

21 Vgl. *Jason Horowitz*, Michael Grimm, in a Reversal, Will Resign From Congress, in: *The New York Times* vom 30. Dezember 2014, S. 15. In die Schlagzeilen geriet Anfang Januar auch der Abgeordnete *Steve Scalise* (R-Louisiana), als bekannt wurde, dass er im Jahre 2002 einen Vortrag vor einer umstrittenen und als rassistisch eingestuften Organisation gehalten hatte. *Scalise* bekleidet mit dem Amt des Mehrheits-Whip die dritthöchste Führungsposition der Republikaner im Repräsentantenhaus und gab an, nichts über die Hintergründe der Gruppe gewusst zu haben; vgl. *Ashley Parker* / *Alan Rappeport*, Representative Steve Scalise of Louisiana Acknowledges Addressing Racist Group in 2002, in: *The New York Times* vom 30. Dezember 2014, S. 10.

22 Vgl. *Adam Nagourney*, Boxer Says She Won't Seek Reelection to Senate in California in 2016, in: *The New York Times* vom 9. Januar 2015, S. 15.



Tabelle 2: Zusammensetzung des Repräsentantenhauses seit 1995 (in Sitzen)

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995 bis 1997)	230	204
1996	105. (1997 bis 1999)	228	206
1998	106. (1999 bis 2001)	223	211
2000	107. (2001 bis 2003)	221	212
2002	108. (2003 bis 2005)	229	205
2004	109. (2005 bis 2007)	232	202
2006	110. (2007 bis 2009)	202	233
2008	111. (2009 bis 2011)	178	257
2010	112. (2011 bis 2013)	240	193
2012	113. (2013 bis 2015)	234	201
2014	114. (2015 bis 2017)	247	188

Anmerkung: Stand jeweils zu Beginn der Wahlperiode. Unter den 247 Abgeordneten der Republikaner im 114. Kongress ist auch der Abgeordnete *Michael Grimm* mitgezählt, der sein Mandat zum 5. Januar 2015 niedergelegt hat.  
 Quelle: Clerk of the House, House of Representatives, [http://artandhistory.house.gov/house\\_history/partyDiv.aspx](http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx) (Abruf am 11. Januar 2015).

## 2.2. Senat

Von den 100 Sitzen im Senat standen regulär 33 Sitze zur Wiederwahl an, hinzu kamen drei Mandate, die im Laufe des 113. Kongress nachbesetzt wurden und daher nun ebenfalls neu gewählt werden mussten. Während die Republikaner 15 Sitze zu behaupten versuchten, hatten die Demokraten insgesamt 21 zu verteidigen. Mit nunmehr 54 Sitzen befinden sich die Republikaner im aktuellen Senat deutlich in der Mehrheit (vgl. Tabelle 3). Es ist nicht unüblich, dass die Partei des Präsidenten in Zwischenwahlen zur Hälfte der zweiten Amtszeit im Senat Mandate einbüßt, nachdem der Präsident selbst zwei Jahre zuvor überzeugend wiedergewählt worden ist. So verloren die Republikaner während der Präsidentschaft von *Dwight Eisenhower* 1958 13 Senatssitze an die Demokraten, unter *Ronald Reagan* im Jahre 1986 acht Sitze.<sup>23</sup>

Nach dem enttäuschenden Abschneiden der Republikaner bei den Senatswahlen von 2012, als sie trotz eigener Erwartung nicht die Mehrheit im Senat erobern konnten, war es zu erbitterten innerparteilichen Debatten gekommen. In mehreren Bundesstaaten unterlagen damals moderate Kandidaten beziehungsweise Amtsinhaber strikt konservativen, von der Tea Party unterstützten Bewerbern. Diese wiederum waren im Hinblick auf die Wählerschaft im gesamten Bundesstaat politisch zu extrem, um die Hauptwahl gewinnen zu können und unterlagen folgerichtig ihren Demokratischen Konkurrenten.<sup>24</sup> 2014 spielte die

23 Auch Präsident *George W. Bush* und seine Republikaner verloren im Jahre 2006 massiv, seine Wiederwahl zwei Jahre zuvor war aber sehr knapp gewesen; vgl. *Elizabeth Drew*, a.a.O. (Fn. 15).

24 Vgl. *Michael Kolkmann*, Die Wahlen zum US-Kongress vom 6. November 2012: Nichts Neues auf Capitol Hill?, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 1, S. 3 – 21.

Tabelle 3: Zusammensetzung des Senats seit 1995 (in Sitzen)

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995 bis 1997)	52	48
1996	105. (1997 bis 1999)	55	45
1998	106. (1999 bis 2001)	55	45
2000	107. (2001 bis 2003)	50 (49)	50 (50 + 1)
2002	108. (2003 bis 2005)	51	48 + 1
2004	109. (2005 bis 2007)	55	44 + 1
2006	110. (2007 bis 2009)	49	49 + 2
2008	111. (2009 bis 2011)	41	57 + 2
2010	112. (2011 bis 2013)	47	51 + 2
2012	113. (2011 bis 2015)	45	53 + 2
2014	114. (2015 bis 2017)	54	44 + 2

Anmerkung: Die Demokraten fungierten im 107. Kongress dank Vizepräsident *Al Gore* in seiner Eigenschaft als Präsident des Senats bis zum 20. Januar 2001 als Mehrheitspartei. Mit Amtsantritt der *Bush*-Administration hatte Vizepräsident *Dick Cheney* die entscheidende 101. Stimme im Senat. Durch den Austritt des Senators *Jim Jeffords* (Vermont) aus der Republikanischen Fraktion und Partei übernahmen die Demokraten am 6. Juni 2001 erneut die Mehrheit. Vom 12. November 2002 bis zum 3. Januar 2003 stellten die Republikaner die Mehrheitspartei. Zwei Senatoren im 114. Kongress (*Bernie Sanders* aus Vermont und *Angus King* aus Maine) sind Unabhängige; sie stimmen in der Regel mit den Demokraten. Quelle: Webseite des US-Senats, [http://senate.gov/pagelayout/history/one\\_item\\_and\\_teasers/partydiv.htm](http://senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teasers/partydiv.htm) (Abruf am 11. Januar 2015).

Tea Party bei der Nominierung zumindest der Senatskandidaten keine annähernd so große Rolle. Acht der zwölf wieder antretenden Senatoren der Republikaner sahen sich zwar in ihren Vorwahlen einem Gegenkandidaten der Tea Party gegenüber, konnten sich jedoch in allen Fällen durchsetzen. Insgesamt hatten sich die Parteiführungen der Republikaner bereits im Vorfeld dafür eingesetzt, dass gemeinhin als unwählbar geltende Kandidaten keine Chance haben würden, sich in den Vorwahlen der Partei behaupten zu können.<sup>25</sup>

Der Erfolg der Republikaner beruht nicht zuletzt darauf, dass sich ihre Amtsinhaber in ursprünglich für umkämpft gehaltenen Bundesstaaten wie Kentucky (*Mitch McConnell*), Georgia (*David Perdue* als Nachfolger des nicht wieder angetretenen *Saxby Chambliss*) und Kansas (*Pat Roberts*) behaupten konnten. In anderen Bundesstaaten gelang es den Republikanischen Herausforderern, die Demokratischen Amtsinhaber zu schlagen. In North Carolina konnte *Thom Tillis* gegen die amtierende Senatorin *Kay Hagan* gewinnen; in Colorado unterlag Senator *Mark Udall* seinem Herausforderer *Cory Gardner*, und in Arkansas verlor *Mark Pryor* gegen *Tom Cotton*. Drei amtierende Senatoren der Demokraten zu schlagen war den Republikanern seit der Wahl von 1980 nicht mehr gelungen. Hinzu kamen vier „open seats“ in Iowa (*Tom Harkin*), Montana (*John Walsh*), South Dakota (*Tim Johnson*) und West Virginia (*Jay Rockefeller*); in diesen Bundesstaaten waren die Demokratischen Amtsinhaber nicht erneut angetreten.

25 Vgl. *Jeremy W. Peters*, New Senators Tilt G.O.P. Back Toward Insiders, in: The New York Times vom 16. November 2014, S. 1.



Interessanterweise weisen (mit Ausnahme *David Purdies*) alle neuen Senatoren der Republikaner – entgegen der traditionellen Anti-Washington-Rhetorik der letzten Jahre – einen starken Hintergrund in Regierungs- und Parlamentsämtern auf, teils auf Bundesebene, teils auf Ebene der Einzelstaaten. Ähnliches lässt sich für die neuen Abgeordneten im Repräsentantenhaus sagen.<sup>26</sup> Diese Tendenz steht in starkem Kontrast zur Zwischenwahl von 2010, als vor allem durch den Einfluss der Tea Party zahlreiche Kongressneulinge ohne jegliche politische Erfahrung – als selbsternannte „Citizen Legislators“ – nach Washington kamen.<sup>27</sup> Nahezu die Hälfte aller aktuellen Senatoren ist seit der Wahl von 2008 in die Kammer eingezogen – und hat damit keinerlei Erinnerung an die Arbeit des „Textbook Senats“ – an jene Zeit also, bevor die parteipolitische Polarisierung im Kongress stark anwuchs.<sup>28</sup>

### 3. Zusammensetzung des neuen Kongresses

Im 114. Kongress sind 74 Mitglieder erstmals dabei (drei mehr als im 113. Kongress), davon 13 Senatoren und 61 Abgeordnete. Mit der 30-jährigen Republikanerin *Elise Stefanik* aus dem Bundesstaat New York ist die bislang jüngste Abgeordnete überhaupt in das Repräsentantenhaus gewählt worden. *Mia Love* (Utah) ist die erste farbige Republikanerin im Kongress. Mit 104 weiblichen Kongressmitgliedern ist ein neuer Rekordwert erreicht, hinzukommen 430 Männer.<sup>29</sup> 46 Kongressmitglieder sind afrikanisch-amerikanischer Abstammung.<sup>30</sup> 33 Kongressmitglieder gehören der stark anwachsenden Minderheit der Hispanics an, 30 davon sind Abgeordnete im Repräsentantenhaus und drei Senatoren. Elf Abgeordnete im Repräsentantenhaus sind asiatisch-amerikanischer Herkunft, hinzu kommt die Demokratische Senatorin für Hawaii, *Mazie Hirono*. Zwei Mitglieder des Repräsentantenhauses sind Amerikaner indianischer Abstammung.

### 4. Besetzung der Führungspositionen

Als Speaker des Repräsentantenhauses wurde am 6. Januar 2015 *John Boehner* aus Illinois mit 216 Ja-Stimmen bestätigt; er befindet sich in seiner nunmehr dritten Amtsperiode.<sup>31</sup> Allerdings stimmten 25 Abgeordnete seiner eigenen Fraktion gegen ihn – das ist die höchst-

26 Vgl. *David A. Fahrenthold*, Freshman Class is Young by U.S. Senate Standards but Have Government Experience, in: The Washington Post Blogs vom 5. November 2014, [http://www.washingtonpost.com/politics/freshman-class-is-young-by-us-senate-standards-but-have-government-experience/2014/11/05/b943df0c-6530-11e4-bb14-4cfea1e742d5\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/freshman-class-is-young-by-us-senate-standards-but-have-government-experience/2014/11/05/b943df0c-6530-11e4-bb14-4cfea1e742d5_story.html) (Abruf am 27. August 2015).

27 Vgl. *Jeremy W. Peters*, a.a.O. (Fn. 25).

28 Vgl. *David A. Fahrenthold*, a.a.O. (Fn. 26).

29 Der 435. Abgeordnete, *Michael Grimm* (R-NY), hatte zum 5. Januar 2015 seinen Rücktritt erklärt.

30 Vgl. *Peter Sullivan*, Most Diverse Congress in History Poised to Take Power, in: The Hill vom 5. Januar 2015, <http://thehill.com/homenews/news/228534-114th-congress-by-the-numbers> (Abruf am 27. August 2015).

31 Vgl. *Jeremy W. Peters*, Boehner Fends Off Dissent as G.O.P. Takes the Reins, in: The New York Times vom 7. Januar 2015, S. 1.

te Zahl an Nein-Stimmen aus der eigenen Partei für einen Speaker seit den 1920er Jahren.<sup>32</sup> Da die Anti-Boehner-Koalition eher eklektisch war und ihre Mitglieder sich nicht auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten einigen konnten, der eventuell in einem zweiten Wahlgang bessere Chancen gehabt hätte, gingen die Stimmen dieses so genannten „Hell No Caucus“<sup>33</sup> an unterschiedliche Abgeordnete. Anders als etwa der Präsident des Deutschen Bundestages kommt dem Speaker als oberstem Repräsentanten der Mehrheitspartei eine eminent wichtige (partei)politische Rolle zu. Unter anderem beruft er die Vorsitzenden aller Ausschüsse, und er bestimmt die Mitglieder des mächtigen Geschäftsordnungsausschusses („Rules Committee“), mit dessen Hilfe er die Gesetzesvorlagen durch Anwendung spezifischer Regeln für die Debatte und die Abstimmung durch das Repräsentantenhaus bringen kann.

Zum Mehrheitsführer der Republikaner ist *Kevin McCarthy* aus Kalifornien, zum Mehrheits-Whip *Steve Scarlise* (Louisiana) gewählt worden.<sup>34</sup> Bei den Demokraten trat die frühere Madam Speaker *Nancy Pelosi* (Kalifornien) für den Posten der Minderheitsführerin an und gewann die fraktionsinterne Wahl – allerdings ohne Gegenkandidaten – in überzeugender Manier. *Steny Hoyer* aus Maryland wurde erneut zum Minderheits-Whip gewählt.<sup>35</sup> Um in Zukunft die wachsende Wählergruppe der Hispanics noch stärker ansprechen zu können, wurde der Abgeordnete *Ben Ray Luján* (New Mexiko) zum Leiter des Democratic Congressional Campaign Committee (DCCC) berufen – der Organisation, die vor allem für das Einwerben von finanziellen Wahlkampffressourcen zuständig ist und neue Kandidaten werben soll. *Luján* war über mehrere Jahre im Congressional Hispanic Caucus aktiv und gilt als enger Vertrauter der Minderheitsführerin *Pelosi*. Der bisherige Leiter des DCCC, *Steve Israel* aus New York, wechselte als „Chairman of Policy and Communications“ auf einen eigens geschaffenen Posten; er soll in Zukunft die politische Botschaft der Demokraten im Repräsentantenhaus gerade gegenüber der Mehrheitspartei der Republikaner stärker bestimmen und entsprechend nach außen kommunizieren.<sup>36</sup>

Der Demokrat *Harry Reid* aus Nevada verlor den Posten des Mehrheitsführers im Senat an den Republikaner *Mitch McConnell* (Kentucky), sicherte sich jedoch das Amt des Min-

32 Vgl. *Lauren French*, Hell No Caucus Sees Silver Lining in Loss, in: Politico.com vom 6. Januar 2015, <http://www.politico.com/story/2015/01/hell-no-caucus-daniel-webster-114008.html> (Abruf am 7. Januar 2015).

33 Ebenda.

34 Vgl. *Alex Rogers*, Boehner Reelected as House Speaker, in: Time Magazine vom 13. November 2014, <http://time.com/3584285/house-speaker-john-boehner-reelected/> (Abruf am 15. Januar 2015).

35 Vgl. *Lauren French* / *John Bresnahan*, Nancy Pelosi Reelected House Minority Leader, in: Politico.com vom 18. November 2014, <http://www.politico.com/story/2014/11/nancy-pelosi-house-minority-leader-2014-112981.html> (Abruf am 1. Dezember 2015); *Ed O'Keefe*, Despite Losses and Grumbings Among Rank-and-File, Nancy Pelosi isn't Going Anywhere, in: The Washington Post Blogs vom 17. November 2014, [http://www.washingtonpost.com/politics/despite-losses-and-grumbings-among-rank-and-file-nancy-pelosi-isnt-going-anywhere/2014/11/17/147ede36-6e68-11e4-ad12-3734c461eab6\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/despite-losses-and-grumbings-among-rank-and-file-nancy-pelosi-isnt-going-anywhere/2014/11/17/147ede36-6e68-11e4-ad12-3734c461eab6_story.html) (Abruf am 27. August 2015).

36 Vgl. *Jonathan Martin*, Democrats Shake Lineup in House Political Team, in: The New York Times vom 18. November 2014, S. 15; *Paul Kane*, Pelosi Wants Less Talk, More Action as Democrats Plot New Path Ahead, in: The Washington Post Blogs vom 8. Dezember 2014, [http://www.washingtonpost.com/politics/pelosi-wants-less-talk-more-action-as-democrats-plot-new-path-ahead/2014/12/07/336812f6-7bdb-11e4-b821-503cc7efed9e\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/pelosi-wants-less-talk-more-action-as-democrats-plot-new-path-ahead/2014/12/07/336812f6-7bdb-11e4-b821-503cc7efed9e_story.html) (Abruf am 27. August 2015).

derheitsführers. Mehrheits-Whip ist *John Cornyn* aus Texas, Republican Conference Chair *John Thune* aus South Dakota. *John Barrasso* aus West Virginia soll als Leiter des Republican Policy Committee die inhaltliche Arbeit für seine Fraktion organisieren. Auf Demokratischer Seite ergänzt *Richard Durbin* (Illinois) als Whip das Führungsteam. Das Policy Committee der Demokraten wird vom New Yorker Senator *Charles Schumer* geleitet. Formeller Präsident des Senats ist ex officio nach wie vor der Demokratische Vizepräsident *Joseph Biden*; der Republikaner *Orrin Hatch* aus Utah fungiert als President pro tempore, vertritt also den Präsidenten des Senats in dessen Abwesenheit und leitet die Sitzungen. In der Regel ist dies stets der dienstälteste Senator der größten Fraktion.<sup>37</sup>

### 5. Aktuelle Herausforderungen: „Gerrymandering“ und „Sorting“

Seit geraumer Zeit wird das „Gerrymandering“ von Beobachtern kritisch diskutiert. Mit diesem Instrument können die Parlamente der Bundesstaaten alle zehn Jahre (zuletzt nach der Wahl von 2010) die Wahlkreise für das Repräsentantenhaus neu zuschneiden, so dass in allen Wahlbezirken in etwa gleich viele Einwohner leben. Dieser Vorgang hat seinen Spitznamen nach *Elbridge Gerry* erhalten, einem früheren Gouverneur des Bundesstaats Massachusetts, dessen Heimatwahlkreis im Jahre 1812 nach einem Neuzuschnitt laut eines zeitgenössischen Karikaturisten der äußeren Form eines Salamanders glich.<sup>38</sup> Während 13 Bundesstaaten für die Schneidung der Wahlkreise eine unabhängige Kommission eingerichtet haben, erfolgt dies in allen anderen Fällen vornehmlich nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten. Dies führt dazu, dass bei Wahlen zum Repräsentantenhaus nur noch ein kleiner Teil der Wahlkreise wirklich umkämpft ist. In den Kongresswahlen von 2012 hätten gerade einmal 60 von Kandidaten beider Seiten gewonnen werden können.<sup>39</sup> Auf diese Weise kommt es nicht darauf an, wer die Hauptwahl gewinnt, sondern wer die Vorwahlen in der im Wahlkreis favorisierten Partei für sich entscheidet. Allerdings nehmen an diesen Vorwahlen vor allem die überzeugten Anhänger beider Seiten teil, auf Republikanischer Seite also vor allem die sehr konservativen Unterstützer, auf Demokratischer Seite die links-liberalen Wähler. So setzen sich Politiker durch, die den politischen Durchschnitt des Wahlkreises nicht mehr repräsentieren, sondern links oder rechts davon stehen. Konsequenterweise werden vom Politikwissenschaftler *James A. Thurber* nur noch fünf bis acht Prozent der Mitglieder im Repräsentantenhaus heute wirklich als moderat bezeichnet, das heißt hier handelt es sich um Abgeordnete in der politischen Mitte, die sich vorstellen können, auch mit der anderen Partei stimmen zu können. Noch in den 1970er Jahren lag dieser Wert bei über 30 Prozent.<sup>40</sup>

Hinzu kommt seit einigen Jahren das Phänomen des „Sorting“ – damit ist eine deutlich wahrnehmbare Verbindung zwischen den politischen Ansichten eines Individuums und

37 Vgl. *John Haskell* / *Marian Currinder* / *Sarah A. Grove* (Hrsg.), *Congress in Context*, Boulder 2014, S. 64.

38 Vgl. *Sean Theriault*, *Party Polarization in Congress*, New York 2008, S. 62 – 84.

39 Vgl. *James A. Thurber*, *What's Wrong With Congress and What Should be Done About it?*, in: *Iwan Morgan* / *Philip John Davies* (Hrsg.), *Broken Government? American Politics in the Obama Era*, London 2012, S. 31 – 55, S. 36.

40 Vgl. *Debbie Siegelbaum*, *Death of the Political Center*, in: *The Hill* vom 20. September 2011, S. 30.

seiner Parteipräferenz gemeint.<sup>41</sup> Ein spezifisch amerikanischer Individualismus führt diese Menschen lokal zusammen. Sie wohnen an den denselben Orten, konsumieren die gleichen Medien und denken folglich politisch ähnlich. Die politischen Vertreter teilen diese Polarisierung seit der „*Gingrich Revolution*“ in den 1980er und frühen 1990er Jahren und tragen sie als Abgeordnete in den Kongress. Die gesellschaftlichen wie auch die parlamentarischen Grundwerte beider Lager haben sich trotz ihrer grundlegenden, oder besser: ursprünglichen, Vielfalt so weit voneinander entfernt, dass keine Einigung zwischen beiden Lagern mehr erzielt werden kann.

#### 6. Konsequenzen für die parlamentarische Arbeit: zur Zukunft des „*Filibusters*“ und die „*Gingrich Senators*“

Repräsentantenhaus und Senat unterscheiden sich grundlegend voneinander. Dies gilt auf den ersten Blick insbesondere für die Größe der Kammern, die Amtszeit, die Wählerschaft sowie die Bandbreite der inhaltlichen Arbeit; so sitzen Mitglieder des Repräsentantenhauses für gewöhnlich in einem oder zwei Ausschüssen, während Senatoren sechs oder sieben Ausschüsse abdecken (müssen). Mindestens ebenso entscheidend sind aber die Bestimmungsfaktoren des politischen Prozesses in beiden Kammern. Das parlamentarische *Procedere* im Senat folgt zum Großteil anderen Regeln als im Repräsentantenhaus – Regeln, die stärker auf Einigung und überparteilichen Kompromiss sowie eine stärkere Einbeziehung der Minderheitspartei angelegt sind. Während es der Mehrheitspartei im Repräsentantenhaus in Person des Speakers und durch den Geschäftsordnungsausschuss („*Rules Committee*“)<sup>42</sup> möglich ist, nahezu jede Vorlage ungehindert zu einer (positiven) Abstimmung zu bringen, ist dies im Senat nur dann und so lange möglich, wie keiner der 100 Senatoren Einspruch einlegt. Dies äußert sich in letzter Konsequenz im Instrument des *Filibusters*.<sup>43</sup> Mit dieser Dauerrede kann ein einzelner Senator verhindern, dass es bei Gesetzesvorlagen zu einer Diskussion beziehungsweise Abstimmung kommt. Mit 60 Stimmen kann ein *Filibuster* beendet werden. Mit aktuell 54 Sitzen konnten die Republikaner zwar die Mehrheit im Senat übernehmen, an der so genannten „*Filibuster*“-festen Zahl von 60 Stimmen fehlen ihnen damit aber sechs Stimmen. Diese müssten stets in der Demokratischen Fraktion des Senats gewonnen werden – etwa bei besonders konservativen Demokraten.

Neben dem *Filibuster* kommt den so genannten „*Gingrich Senators*“<sup>44</sup> in den letzten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit zu. Dabei handelt es sich um konservative Politiker der Republikanischen Partei, die über die letzten zweieinhalb Dekaden in den Senat gewählt wurden, zuvor jedoch im Repräsentantenhaus sozialisiert worden waren. Diese Gruppierung ist nicht an Kompromissen und überparteilicher Verständigung interessiert, sondern

41 Vgl. *Thomas Mann / Norman Ornstein*, a.a.O. (Fn. 3), S. 49; *Torben Lütjen*, *Divided We Stand. Warum Amerika so gespalten ist*, in: *Peter Lösche / Anja Ostermann* (Hrsg.), *Die Ära Obama: Erste Amtszeit*, Bonn 2012, S. 121 – 145, S. 125; siehe grundlegend zum „*Sorting*“ *Sean Theriault*, a.a.O. (Fn. 38), S. 103 f.

42 Vgl. *Walter J. Oleszek*, a.a.O. (Fn. 2), S. 200 f.

43 Vgl. ebenda, S. 304 – 319.

44 *Sean Theriault*, *The Gingrich Senators. The Roots of Partisan Warfare in Congress*, Oxford / New York 2013, S. 35 – 87.

nimmt in Kauf, dass es zum politischen Stillstand kommt – Politiker, die unter dem damaligen Speaker *Newt Gingrich* (1995 bis 1999) ihr politisches Handwerk im Kongress lernten und einen aggressiven politischen Stil pfleg(t)en. *Gingrich* hatte als einfacher Kongressabgeordneter im Jahre 1989 mit dafür gesorgt, dass der damalige Speaker *Jim Wright* (D-Texas) nach internen Untersuchungen zu vermeintlichen ethischen Verfehlungen sein Amt verlor. Grundsätzlich nutzten *Gingrich* und seine Gefolgsleute nach dem Wahlsieg von 1994 im Rahmen der „Republican Revolution“ die parlamentarischen Regeln des Repräsentantenhauses deutlich stärker als frühere Parteiführer dazu, auf den einseitigen parteipolitischen Vorteil zu setzen und eine offensiv-aggressive Strategie zur innerparlamentarischen Marginalisierung der Minderheitspartei der Demokraten anzuwenden.<sup>45</sup>

Im aktuellen Senat haben 52 der 100 Senatoren Erfahrung als Mitglied des Repräsentantenhauses.<sup>46</sup> Vor der Wahl 2012 handelte es sich bei den „*Gingrich Senators*“ um 22 Mitglieder der Republikanischen Fraktion im Senat, hinzu kamen fünf 2010 gewählte Senatoren, die der Tea Party nahe stehen.<sup>47</sup> Damit stellten (und stellen) diese die Mehrheit der Mitglieder der Republikanischen Fraktion. Im 113. Kongress wuchs ihr Einfluss, da allein drei der fünf moderaten Republikaner der politischen Mitte nach der Wahl 2012 nicht in den Senat zurückkehrten. Zwar ist es – im Gegensatz zur Wahl von 2012 – einer Reihe von Establishment-Vertretern gelungen, sich gegen von der Tea Party unterstützte Herausforderer durchzusetzen. Aber nach dem Repräsentantenhaus ist mit den Wahlen von 2014 auch die Republikanische Fraktion im Senat deutlich konservativer geworden.<sup>48</sup>

Vor allem drei Gründe sind es laut *Theriault*, die diesen Senatoren geholfen haben, ihren Einfluss auf den Senat und seine Arbeitsweise grundlegend geltend zu machen: Erstens verfügen sie über deutlich bessere Möglichkeiten, finanzielle Ressourcen zu erschließen, als ihre Kollegen. Zweitens sind sie in Wahlen nicht so angreifbar wie diese, da sie in für sie sichereren Bundesstaaten kandidieren (und nicht zuletzt aufgrund ihrer größeren Wahlkampffressourcen). Selbst wenn sie ihre Wiederwahl verpassen oder von sich aus zurücktreten sollten – sie tun es deutlich später in ihrer politischen Karriere als ihre Kollegen. Da sie drittens innerhalb weniger Wahlen in recht großer Zahl in den Senat gewählt wurden, fehlten Zeit und Gelegenheit, sie zu so genannten „Senate Men“<sup>49</sup> zu machen, das heißt ihr aggressives Vorgehen zu absorbieren. *Theriault* kommt zu folgendem Schluss: Nicht der Senat hat diese „*Gingrich Senators*“ verändert, sondern diese haben den Senat verändert – eine Entwicklung, die 2014 nicht gebremst wurde, da gleich mehrere Abgeordnete des Repräsentantenhauses zusätzlich in den Senat gewählt wurden. Inzwischen sieht *Theriault* nicht nur – oder nicht in erster Linie – die parteipolitische Polarisierung als Problem, sondern vor allem das „Partisan Warfare“<sup>50</sup>: „The warfare dimension taps into the strategies

45 Vgl. *Thomas Mann / Norman Ornstein*, *The Broken Branch*, Oxford 2006, S. 96 – 140.

46 Vgl. *Jeremy W. Peters*, a.a.O. (Fn. 25); zum Vergleich: im Jahre 1984 waren es nur 30 von 100 Senatoren.

47 Vgl. *Sean Theriault*, a.a.O. (Fn. 44), S. 172.

48 Vgl. *Michael Tomasky*, a.a.O. (Fn. 17).

49 Vgl. *Sean Theriault*, a.a.O. (Fn. 44), S. 87.

50 Vgl. *ders.*, *Polarization We Can Live With. Partisan Warfare is the Problem*, in: *The Washington Post Blogs* vom 10. Januar 2014, <http://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2014/01/10/polarization-we-can-live-with-partisan-warfare-is-the-problem/> (Abruf am 27. August 2015).

that go beyond defeating your opponents to humiliating them, go beyond questioning their motives, and go beyond fighting the good legislative fight to destroying the institution and the legislative process. Partisan warfare serves electoral goals, not legislative goals.”<sup>51</sup>

Eine bislang nur unzureichend thematisierte Frage im Anschluss an die Forschungen zu den „*Gingrich* Senators“ lautet, ob sich der amerikanische Kongress als Legislative in einem präsidentiellen Regierungssystem hinsichtlich seiner Arbeitsweise parlamentarisiert, also den Bestimmungsfaktoren eines Parlaments in einem parlamentarischen Regierungssystem annähert. Hier wären vor allem das zunehmend polarisierte Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten sowie die wachsende innerfraktionelle Homogenität zu untersuchen.

### 7. Ausblick: *Obama als „Lame Duck“ in Zeiten von „Divided Government“?*

Als Präsident *Bill Clinton* sich in den beiden letzten Jahren seiner Amtszeit Republikanischen Mehrheiten im Kongress gegenüber sah, schaffte er es trotzdem, dort weitreichende Reformen des Sozialstaates und signifikante Steuererleichterungen verabschieden zu lassen. Als Präsident *Bush* am Ende seiner Amtszeit mit Demokratischen Mehrheiten auf „Capitol Hill“ konfrontiert war, einigten sich beide Seiten auf ein umfangreiches Stimuluspaket für die amerikanische Wirtschaft, das aufgrund der damals beginnenden Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig geworden war. Nicht ausgeschlossen ist also, dass *Obama* und die Republikaner in den nächsten Jahren ebenfalls zu Übereinkünften in zentralen Themenbereichen kommen werden; möglich erscheint dies vor allem auf den Gebieten von Handel, Steuerfragen und Sanierung der Infrastruktur.<sup>52</sup> Auch die Energie- und Klimapolitik dürfte in den nächsten beiden Jahren in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der politischen Akteure rücken.<sup>53</sup> Zu den eher kontroversen Themen der beiden letzten Amtsjahre *Obamas* dürften die Kuba-Politik sowie die von ihm geplante Neuregelung der Einwanderungspolitik gehören. Noch vor dem erstmaligen Zusammentreten des neuen Kongresses betonten Speaker *Boehner* und Mehrheitsführer *McConnell*, inhaltlich vor allem auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und die Wirtschaft setzen zu wollen.<sup>54</sup> Damit dürften viele Gesetzesvorlagen wieder aktuell werden, die in den vergangenen Jahren vom Republikanisch dominierten Repräsentantenhaus verabschiedet worden sind, im Senat aber auf den Widerstand der Demokratischen Mehrheit gestoßen waren.

51 Ebenda.

52 Vgl. *Bruce Drake*, GOP Congress Takes Over Amid Public Pessimism About an End to Divisions, The Pew Research Center for the People and the Press, 7. Januar 2015, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/01/07/gop-congress-takes-over-amid-public-pessimism-about-an-end-to-divisions/> (Abruf am 15. Januar 2015).

53 Vgl. *Erica Martinson*, Expect Nonstop Energy Drama in 2015, in: Politico.com vom 4. Januar 2015, <http://www.politico.com/story/2015/01/expect-nonstop-energy-drama-in-2015-113783.html>; *Jake Sherman* / *Seung Min Kim*, Hill GOP Agenda: Energy, Obamacare, in: Politico.com vom 3. Januar 2015, <http://www.politico.com/story/2015/01/2015-gop-agenda-energy-obamacare-113941.html> (jeweils Abruf am 5. Januar 2015).

54 Vgl. *Alexander Bolton*, Republicans Take The Reins, in: The Hill, 5. Januar 2015, <http://thehill.com/homenews/senate/228410-republicans-take-the-reins> (Abruf am 3. September 2015).



Zunächst hat sich im Dezember 2014 der „Governing Wing“<sup>55</sup> der Republikaner durchgesetzt, als ein erneuter „Shutdown“ der Bundesregierung verhindert werden konnte.<sup>56</sup> 219 Abgeordnete stimmten am 11. Dezember 2014 im Repräsentantenhaus für ein neues Ausgabengesetz für das laufende Haushaltsjahr in Höhe von etwas über einer Billion Dollar, um den Haushalt bis zum 30. September 2015 zu sichern. Unter den Ja-Stimmen befanden sich 162 Republikaner und 57 Demokraten. 139 Demokraten und 67 Republikaner stimmten dagegen. Am 13. Dezember 2014 folgte der Senat mit 56 Ja- zu 40 Nein-Stimmen; unter den Befürwortern waren auch Mehrheitsführer *Reid* und Minderheitsführer *McConnell*. Insgesamt sprachen sich 31 Demokraten mit 24 Republikanern und einem Unabhängigen für die Vorlage aus, 21 Demokraten, 18 Republikaner und ein Unabhängiger votierten dagegen.<sup>57</sup> Das Gesetz war zuvor aus unterschiedlichen Richtungen unter Beschuss genommen worden. Auf Republikanischer Seite war es vor allem *Ted Cruz* aus Texas, der dagegen mobilisierte, indem er alle Mitglieder des Senats am Wochenende vor Weihnachten zu Abstimmungen bezüglich *Obamas* geplanter Reform der Einwanderungspolitik nach Washington zurück zwang; auf Demokratischer Seite war es mit *Elizabeth Warren* die Senatorin aus Massachusetts, die entsprechenden Widerstand mobilisierte. Ihr ging es vor allem darum, einschlägige Bestimmungen des *Dodd-Frank-Reformgesetzes* zur Regulierung der Finanzmärkte aufzuweichen. Zu Beginn des 114. Kongresses konzentrierten sich die Republikanischen Führer auf kleinere Maßnahmen, die überparteiliche Unterstützung genossen – die Abstimmung über das „Keystone XL-Pipeline“-Projekt oder kleinere definitorische Veränderungen bei „ObamaCare“ – Vorhaben, die zuvor von Kongressmitgliedern beider Parteien gefordert worden waren.<sup>58</sup> Dabei wird es aber nicht bleiben, denn der neue Mehrheitsführer *McConnell* hat bereits angekündigt, dass die legislative Agenda der Republikaner auch mit Blick auf die Wahlen von 2016 gestaltet werden wird.<sup>59</sup>

55 Vgl. *The Economist*, a.a.O. (Fn. 7).

56 Vgl. ebenda; *Daniel Newhauser* / *Sarah Mimms*, *The Center Won Thursday Night. Can it Win Again in the 114th Congress?*, in: *National Journal* vom 12. Dezember 2014, <http://www.nationaljournal.com/congress/the-center-won-thursday-night-can-it-win-again-in-the-114th-congress-20141212> (Abruf am 27. August 2015).

57 Vgl. *Sarah Mimms* / *Alex Brown* / *Rachel Rouben*, *The Omnibus is Done. Ted Cruz's Feud With GOP Leaders Rages on*, in: *Nationaljournal.com* vom 13. Dezember 2014, <http://www.nationaljournal.com/congress/senate-races-to-avert-shutdown-amid-tensions-between-cruz-leadership-20141213> (Abruf 19. Dezember 2014); *Ashley Parker* / *Robert Pear*, *Senate Passes \$1,1 Trillion Spending Bill, Joining House*, in: *The New York Times* vom 14. Dezember 2014, S. 28; *dies.*, *House Narrowly Passes Bill to Avoid Shutdown; \$1,1 Trillion in Spending*, in: *The New York Times* vom 12. Dezember 2014, S. 1.

58 Vgl. *Carl Hulse*, *Republicans Say They'll Act Fast to Push Agenda*, in: *The New York Times* vom 5. Januar 2015, S. 1.

59 Vgl. *Paul Kane*, *New Senate Majority Leader's Main Goal For GOP: Don't Be Scary*, in: *The Washington Post Blogs* vom 4. Januar 2015, [http://www.washingtonpost.com/politics/new-senate-majority-leaders-main-goal-for-gop-dont-be-scary/2015/01/04/80d27196-9074-11e4-a900-9960214d4cd7\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/new-senate-majority-leaders-main-goal-for-gop-dont-be-scary/2015/01/04/80d27196-9074-11e4-a900-9960214d4cd7_story.html); *Ed O'Keefe* / *Paul Kane*, *Republicans Taking Control of Congress Eager to Reshape Policy and Strike Deals*, in: *The Washington Post Blogs* vom 3. Januar 2015, [http://www.washingtonpost.com/politics/republicans-taking-control-of-congress-eager-to-reshape-policy-and-strike-deals/2015/01/03/158c2b24-9296-11e4-ba53-a477d66580ed\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/republicans-taking-control-of-congress-eager-to-reshape-policy-and-strike-deals/2015/01/03/158c2b24-9296-11e4-ba53-a477d66580ed_story.html) (jeweils Abruf am 27. August 2015).

Um bei den nächsten Wahlen die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erobern, müssten die Demokraten einen Nettogewinn von 32 Sitzen verbuchen. Allerdings stammen aktuell lediglich zehn Republikaner aus Wahlkreisen, die der Cook Partisan Voting Index als Demokratisch einstuft.<sup>60</sup> Die Republikaner halten lediglich 28 Wahlkreise, die in der Präsidentschaftswahl 2012 von Präsident *Obama* gewonnen werden konnten. Die Demokraten dürften sich Chancen ausrechnen in den zwölf Wahlkreisen, die ihnen die Republikaner 2014 abnehmen konnten; viele dieser „Freshmen“ könnten ihren Sitz 2016 gleich wieder an die Demokraten verlieren. Doch selbst in einer so genannten „Wave Election“ dürfte es für die Demokraten bei dem aktuellen Wahlkreiszuschnitt bis auf weiteres unmöglich sein, die Mehrheit zu erlangen. Im Senat benötigen sie einen Netto-Gewinn von fünf Sitzen, um nach den Wahlen von 2016 sicher die Mehrheit übernehmen zu können.<sup>61</sup>

Die seit einiger Zeit sich stetig verbessernde Wirtschaftslage und ein Präsident, der trotz seines „Lame Duck“-Status in repräsentativen Umfragen seit den Wahlen von 2014 deutlich an Zustimmung gewinnen konnte, deuten darauf hin, dass die Lage für die Demokraten mit Blick auf 2016 zumindest nicht hoffnungslos ist – jedenfalls was die Mehrheitsverhältnisse im Senat angeht. Insbesondere drei Herausforderungen sehen sich die Demokraten gegenüber: Sie müssen erstens die „*Obama*-Koalition“ wiederbeleben und so den „Turnout“ ihrer Wählerschaft wieder erhöhen – eine Koalition, die 2008 und 2012 sichtbar war, 2010 und 2014 aber sichtlich an Einfluss verlor. Sie müssen zweitens versuchen, nicht noch mehr weiße Wähler zu verlieren, dies gilt speziell für Weiße ohne College-Abschluss und ältere; und sie müssen drittens den Übergang von *Obama* hin zu einem neuen Parteiführer der Demokratischen Partei bewerkstelligen, der oder die in den Wahlen von 2016 als ähnlich starkes Zugpferd agieren kann, wie es *Obama* 2008 und 2012 vermochte – sei es die frühere Senatorin *Hillary Clinton*, sei es ein anderer Kandidat.

Den Republikanern bietet sich 2016 die Chance, mit dem Gewinn der Präsidentschaftswahl sowohl die legislative als auch die exekutive Gewalt im politischen System der Vereinigten Staaten zu kontrollieren, vorausgesetzt sie können ihre Mehrheiten im Kongress bestätigen. Die Mehrheit im Repräsentantenhaus dürfte der Partei bis zum nächsten Neuzuschnitt der Wahlkreise nach dem Census im Jahre 2020 sicher sein. Mit 54 Sitzen im Senat verfügen sie sogar über einen entsprechenden Spielraum, den einen oder anderen Sitz verlieren zu können und trotzdem nach der nächsten Wahl in der Mehrheit zu verbleiben. Allerdings müssen die Republikaner 2016 doppelt so viele Senatssitze verteidigen wie die Demokraten, darunter in klassischen „Swing States“ wie Illinois, New Hampshire, Pennsylvania und Wisconsin. Die Frage für die Republikanischen Führungen in beiden Kammern wird in den nächsten beiden Jahren sein, ob man sich in strategischer Hinsicht vor allem auf kleinere, nicht allzu kontroverse Themenfelder konzentriert, oder es wagt, fundamenta-

60 Vgl. *Nate Cohn*, The Enduring Republican Grip on the House, Blog Post auf The New York Times vom 10. November 2014, [http://www.nytimes.com/2014/11/11/upshot/the-enduring-republican-grip-on-the-house.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=second-column-region&region=top-news&WT.nav=top-news&\\_r=0&abt=0002&abg=0](http://www.nytimes.com/2014/11/11/upshot/the-enduring-republican-grip-on-the-house.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=second-column-region&region=top-news&WT.nav=top-news&_r=0&abt=0002&abg=0) (Abruf am 23. November 2014).

61 Bei einer Konstellation im Senat von 50 zu 50 Sitzen hätte der Vizepräsident als offizieller Präsident des Senats die entscheidende 101. Stimme; vgl. auch *Philip A. Wallach*, The New Republican Congress's Governance Challenge: Sweating the Small Stuff, Blog Post auf Brookings Institution vom 7. Januar 2015, <http://www.brookings.edu/blogs/fixgov/posts/2015/01/07-new-republican-congress-governance-challenge-wallach> (Abruf am 15. Januar 2015).

len Wandel herbeizuführen. In diesem Fall müsste stets der Widerstand der Demokraten einkalkuliert werden, denn eine „Filibuster“-sichere Mehrheit haben die Republikaner nicht. Darüber hinaus muss in solchen Fällen stets mit dem Veto von Präsident *Obama* gerechnet werden.

Die Arbeit des 114. Kongresses steht bereits jetzt im Schatten der nächsten Präsidentschaftswahl – noch bevor Anfang Januar 2016 mit dem „Caucus“ in Iowa die Vorwahlsaison endgültig beginnt. Hier könnte ein starker und überzeugender Kandidat seiner Partei auch bei den Kongresswahlen helfen, so wie es bei *Barack Obama* im Jahre 2008 war. Rechnet man die Wahlmännerstimmen von Bundesstaaten zusammen, die die Demokraten in mindestens fünf der letzten sechs Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnten, kommt man auf 257 – nicht weit entfernt von der erforderlichen Zahl von 270 Wahlmännerstimmen. Die Republikaner hätten in dieser Rechnung nur 206.<sup>62</sup> Die restlichen 75 Wahlmännerstimmen verteilen sich auf die „Purple States“ Florida, Ohio, Virginia, Colorado und Nevada – die jenseits von Demokratisch (Blau) oder Republikanisch (Rot) dominierten Bundesstaaten, die von beiden Seiten gewonnen werden können.

Das Ausmaß, in dem die Präsidentschaftswahl die mediale Agenda bestimmt und die Aufmerksamkeit der Wähler fordert, beeinflusst auch die Arbeit des 114. Kongresses entscheidend. Fraglich bleibt, auf welches legislative Erbe Präsident *Obama*, aber auch die Mitglieder des Repräsentantenhauses und die Senatoren in gut zwei Jahren zurückschauen können.

62 Vgl. *Michael Tomasky*, a.a.O. (Fn. 17).

## Das Land gespalten und auf dem Weg aus der EU? Die britischen Parlamentswahlen vom 7. Mai 2015

*Roland Sturm*

Die Unterhauswahl im Vereinigten Königreich hatte für alle, die den Prognosen der Umfrageinstitute glaubten, einen überraschenden Ausgang. Statt eines Kopf-an-Kopf-Rennens der beiden großen Parteien<sup>1</sup>, Labour Party und Conservatives, gab es einen klaren Wahlsieger, die Konservative Partei unter Führung des amtierenden Premierministers *David Cameron*. Als falsch erwies sich der monatelang verbreitete Befund der Meinungsforscher, beide Parteien seien in der Größenordnung von 33 beziehungsweise 34 Prozent der Stimmenanteile gefangen, weshalb es – wie schon bei der letzten Wahl 2010 – zu unklaren Mehrheitsverhältnissen im Unterhaus, einem „hung parliament“, kommen müsse. Viel Zeit und Energie wurde in den Wahlkampfzeiten in die Frage investiert, welche Partei welchen Koalitionspartner finden könnte. Nach der Wahl erwiesen sich diese Debatten zur Erleichterung des Wahlsiegers, aber auch der großen Mehrheit der britischen Bevölkerung, die sich

1 Vgl. *George Parker / Kiran Stacey*, Main Parties Fail to Land. Knockout Blow in Election Campaign, in: *Financial Times* vom 18./19. April 2015, S. 2.